



DIE ZEIT



Nr. 8 17. Februar 1978

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

33. Jahrgang, Preis 2,20 DM C 7451 C

Nur mit Gelassenheit...

Der Terror und die Reaktion des Staates

Von Marion Gräfin Dönhoff

Als vor fünf Monaten beim Anschlag auf Hanns Martin Schleyer dessen vier Begleiter niedergeschossen wurden und die Fahndung nach dem entführten Arbeitgeberpräsidenten auf vollen Touren lief, schlugen die Emotionen hohe Wellen. Und als die Terroristen dann auch noch eine Luftansa-Maschine mit Personen entführten und durch drei Erdteile jagten, waren sich alle einig, Regierung, Opposition und Bürger: Alles muß getan werden, um neue Schreckensstaten zu verhindern; notfalls müssen auch die Gesetze verschärft werden.

In der Debatte über die Anti-Terrorgesetze ist von jener Einigkeit nicht viel übriggeblieben. Die Regierung ist zwischen zwei Fronten geraten. Auf der einen Seite stehen diejenigen aus den eigenen Reihen, denen der Entwurf zu weit geht, auf der anderen die Opposition, die ihn „nicht ausreichend und miserabel“ findet. Stimmt es eigentlich, daß die Regierung im Hinblick auf die Terroristen nichts oder zuwenig getan hat?

Während der letzten drei Jahre sind folgende Gesetze in Kraft getreten: Die Einführung des Straftatbestandes einer terroristischen Vereinigung; die Überwachung des schriftlichen Verkehrs zwischen Verteidiger und Angeklagtem; das Verbot der Mehrfachverteidigung; die Beschränkung der Zahl der Wahlverteidiger; die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Verteidiger auszuschließen; Gerichtsverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten bei Obstruktion, beispielsweise bei Hungerstreik; ferner die Haftrechtsverschärfung; und schließlich das umstrittene Kontaktperr-Gesetz — also eine Fülle von neuen Gesetzen. Sie waren sicherlich notwendig, um dem neuen Phänomen des Terrors zu wehren. Aber brauchen wir wirklich immer mehr neue Gesetze?

Zunächst einmal: Kein noch so engmaschiges Netz von Gesetzen könnte weitere Schreckensstaten verhindern. Nur der totalitäre Staat mit Sondergesetzen, Geheimpolizei und Gefängnissen für politisch Andersdenkende ist dazu in der Lage. Das Wesen des Rechtsstaates besteht ja gerade darin, daß auch jener, der sich gegen das Recht vergangen hat, dessen Schutz genießt; darum kann man verstehen, daß manche Leute sich gegen die Herabstufung des Verdachts beim Verteidigerausschluß zur Wehr setzen, weil sie

Es gibt kaum ein anderes Thema, an dem die Geister sich so sichtbar scheiden. Für Liberale und Sozialdemokraten bilden das Individuum und seine Stellung im Rechtsstaat den Mittelpunkt aller Erwägungen — Konservative neigen dazu, dem Staat, also der Gemeinschaft und ihrer Ordnung, mehr Gewicht beizumessen. Deutlich brachte dies der hessische CDU-Vorsitzende Alfred Dregger zum Ausdruck, als er sagte: „In jenen Wochen ist sichtbar geworden, daß die Deutschen noch ein Volk sind und nicht nur eine Wohlstandsgesellschaft, und daß die Bundesrepublik Deutschland ein Staat ist, und nicht nur ein Dienstleistungsunternehmen.“

Es handelt sich um die Dualität zweier Perspektiven, deren jede ihre Berechtigung hat, aber auch ihre spezifischen Gefahren heraufbeschwört. Die Konservativen stehen in der Gefahr, die bestehende Ordnung mit ihren Institutionen und Symbolen zu einem so einzigartigen Wert emporzustilisieren, daß sie schließlich bereit sind, diesem höheren Wesen nach und nach die Rechte des einzelnen zu opfern. Ihre Opponenten dagegen haben häufig nur die Würde der einzelnen Person im Auge und vergessen darüber, daß die Summe der Bürger, also die Gemeinschaft, eines starken Glaubens an den eigenen Wert bedarf, weil sonst alles ins Schwimmen gerät.

Die Frage ist denn nicht: Wer hat recht? sondern: Welche der beiden Betrachtungsweisen ist im Kampf gegen den Terrorismus wirksamer? Und da muß man wohl feststellen: Eindeutig ist es das Ziel der Terroristen, unseren Staat zu immer mehr Repression zu provozieren, um auf diese Weise seine, wie es heißt, „faschistische Fratze“ aller Welt vor Augen zu führen. So gesehen, werden sie also über jedes neue Gesetz triumphieren.

Man müßte wohl zunächst einmal mehr über den Terrorismus wissen, der ja in vielen Spielarten auftritt, ehe man die Frage nach der richtigen Strategie beantworten kann. Der unsrige zeigt ja ganz eigene Merkmale. Hierzulande geht es nicht um separatistische Gruppen wie bei der baskischen ETA oder der IRA in Irland, nicht um nationale Freiheitsbewegungen wie einst bei der FLN in Algerien oder heute bei der PLO im Mittleren Osten, auch nicht um den tödlichen Kampf zwischen Rechtsradikalen und Linksradi-kalen wie in Italien. Die deutschen Terroristen zielen mit äußerster Präzision und großer Entschlossenheit mitten ins Herz des Staates. Ihn, den Staat, wollen sie treffen, um das System zu vernichten. Ist dies vielleicht typisch deutsch?

Beim Nachdenken über diese Frage, die sich nicht so simpel beantworten läßt, wie sie hier gestellt wird, drängen sich gewisse Assoziationen auf: die deutsche Sehnsucht nach verfallener Wahrheit, nach der einen Lehre und dem Absoluten, nach kompromißloser Hingabe an diese Wahrheit, der Kult des persönlichen Einsatzes. Ein irrationaler Zug zieht sich durch die deutsche Geschichte. Wir erleben ihn in der Romantik, im deutschen Idealismus, in der Jugendbewegung.

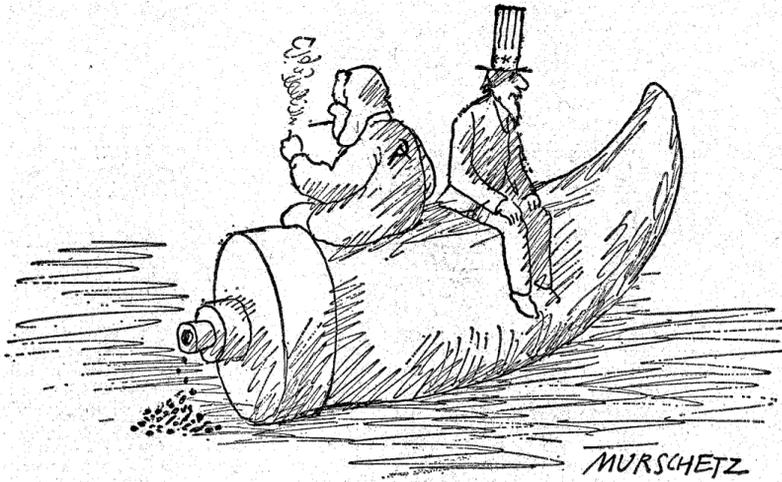
Wenn das so ist, kann man dann hoffen, wie die Opposition meint, mit verschärften Gesetzen Herr des Terrorismus zu werden? Mit Radikalmaßnahmen von rechts gegen Radikalterror von links vorzugehen, das kann doch nur zur Eskalation und zur Zerstörung des liberalen Rechtsstaates führen.

In manchen Kreisen ist es heute üblich, die Verantwortung für den Terrorismus den Liberalen zuzuschreiben. Die Intellektuellen, bestimmte Schriftsteller, der Spiegel, die ZEIT seien schuld an der Entwicklung, so heißt es, weil sie in jener ersten Zeit des Aufbegehrens der Studenten während der sechziger Jahre, als es noch keine Anarchisten und keine Terroristen gab, zuviel Verständnis für die Reformbegehren an den Tag gelegt hätten.

Jene, die schon damals die Liberalen am liebsten in Acht und Bann getan hätten, fühlen sich heute bestätigt. Sie tun so, als wäre es nie zum Terrorismus gekommen, wenn die Politiker und die Presse damals sofort reagiert hätten. Aber stimmt das? Was wäre denn wohl die Folge einer derartigen Reaktion gewesen?

Wäre damals, nach dem Tod von Benno Ohnesorg, als eine Welle des Unmutes durch die Bundesrepublik lief, als es noch keine Terroristen, aber viele Idealisten gab, wäre damals entsprechend dem Wunsch mancher Leute „kurzer Prozess“ gemacht worden, so hätte sich ein großer Teil des Volkes mit den Rebellen solidarisiert und den Staat als Polizeistaat denunziert und bekämpft. Wer sich an die damalige Stimmung erinnert, an jenes typische „Gesellschaftsspiel“: „Was tun Sie, wenn Ulrike Meinhof eines abends an Ihrer Tür klingelt und um Aufnahme bittet?“ der wird daran nicht zweifeln.

Weil man gelassen reagiert, ist es gelungen, die ganze Bevölkerung gegen ein paar Dutzend Verbrecher und ihre Helfershelfer zu solidarisieren. Das ist politisch von eminenter Bedeutung. Mit dieser Methode sind wir nicht schlecht gefahren. Das sollte man auch jetzt nicht vergessen.



Horn Afrikas

Atlantische Unruhe

Beim Geld hört die Gemütlichkeit auf / Von Kurt Becker

Wenn sich unter Verbündeten die Wirtschaftspolitik tiefgreifend auseinanderentwickelt, so lautete vor vier Jahren die Prognose des damaligen Bonner US-Botschafters Hillenbrand, dann wird diese Entwicklung auch auf die gemeinsame Sicherheitspolitik zurückschlagen. Deutsche Politiker pflegen dies so rigoros nicht auszusprechen, aber ähnliches haben sie schon immer befürchtet.

Der Blitzbesuch des amerikanischen Finanzministers Michael Blumenthal in Bonn hat nun Anfang dieser Woche zwar nicht zu dem befürchteten Zusammenprall geführt. Aber mehr als ein Indiz für gebändigte Umgangsformen unter Freunden ist dies nicht. Seine wiederholte schon an den Kanzler gerichtete dringliche Erwartung, ein kräftigeres Feuer unter dem Kessel der deutschen Konjunkturlokomotive zu schüren, hat Jimmy Carter jedenfalls nicht abgeschwächt. Die Freundschaft bleibt, aber der Krach auch. Die in den dreizehn Monaten der Carter-Xra sichtbar gewordene Konfliktpotentialität der deutsch-amerikanischen Beziehungen ist beunruhigend. Mit drei anspruchsvollen außenpolitischen Projekten trat der Präsident sein Amt an, und mit allen dreien stieß er auf den Widerstand des Kanzlers.

Erstens: Die Absicht, eine Respektierung der Menschenrechte zur Grundlage der operativen Außenpolitik zu erheben. Wegen der zunehmenden Bereitschaft der DDR, Polens und anderer Ostblockstaaten, Ausreisen in die Bundesrepublik zu genehmigen, befürchtete Bonn nie wiedergutzumachende Rückschläge.

Zweitens: Bonn sollte das Abkommen mit Brasilien über die Lieferung von Kernkraftwerken korrigieren und die Dreingabe von Anreicherungs- und Aufbereitungsanlagen wegen der Gefahr eines militärischen Mißbrauchs streichen. Der Kanzler widersetzte sich, weil zuvor die Ford-Administration konsultiert worden war und Bonn nicht das Risiko laufen wollte, unter Druck einen Vertrag mit einem Staat der Dritten Welt zu brechen.

Drittens: Die Bundesrepublik sollte durch Expansion und Reflation ihr wirtschaftliches Wachstum beleben und eine auf die Weltwirtschaft durchschlagende Schubkraft ausüben. Um die Stabilität und die Politik der Inflationsbekämpfung zu erhalten, widerstand Helmut Schmidt diesem Ansinnen.

Auf der Londoner Gipfelkonferenz im Mai vergangenen Jahres sah es so aus, als seien alle drei Konflikte beigelegt. Aber die anfängliche

Hoffnung, Carter habe sich ebenso durch faszinierende Lernfähigkeit wie durch inzwischen erworbene Erfahrung dazu durchgerungen, seine Pläne der ersten Stunde zu revidieren, hat auf dem Felde der Wirtschaftspolitik getrogen.

Nun gibt es amerikanische wirtschaftliche Pressionen auf Bonn — und auch auf Tokio — nicht erst seit Carter. Sie sind so alt wie der Nixon-Schock von 1971 und der allmähliche Verfall des Dollars. Aber zum Weißen Haus, zu Henry Kissinger und anderen führenden Amerikanern besaß Helmut Schmidt, der sich ja vor allem als Kanzler der Wirtschaft, des Außenhandels und der Währung versteht, lange ein persönliches, fast freundschaftliches Verhältnis. Das stärkte seine Überzeugungskraft und verließ ihm vorübergehend das Ansehen eines westlichen Preceptors. Inzwischen sind die Dialoge kühler geworden. Carter, anders als Ford, hört nicht auf den Lehrmeister aus Bonn. Eine der großen Veränderungen dieses Jahrzehnts wirkt sich seitdem voll aus: die Verschiebung des weltpolitischen Akzents von den Fragen der militärischen Sicherheit zu den wirtschaftlichen und währungs-politischen Problemen.

Der Bundeskanzler spricht gern vom absoluten Vorrang der ökonomischen Problematik in der Politik. Die völlige Überwindung der Weltwirtschaftsrezession setzt für ihn eine gemeinschaftliche Anstrengung von Washington, Tokio und Bonn voraus. Da denkt er wie Carter. Im Bundestag sagte er am 19. Januar: „Mit anderen gemeinsam geht das wohl, aber allein?“ Darin spiegelte sich zumindest die Besorgnis wider, daß die Eigeninteressen der Partner Bonn zu einem Alleingang zwingen könnten.

Wie die Gräben eingeebnet werden könnten, ist schwer zu sehen. Carter verlangt eine forcierte deutsche Konjunkturpolitik, Schmidt weist auf die bisher größte Massierung öffentlicher Kreditaufnahmen und Steuerverzichte zur Belebung der Wirtschaft hin. Carters Ankurbelungsprojekte sind im Kongreß umstritten, Schmidts Programm hingegen geht der Opposition schon zu weit. Kann da vom Kanzler erwartet werden, wider bessere Einsicht das Ruder herumzuwerfen?

Der Verlust an wirtschaftspolitischer Gemeinsamkeit zwischen Bonn und Washington besitzt auch seine außenpolitische Bedeutung. Es wäre die Gefahr eines tieferen Einbruchs zu gewärtigen, wenn die momentane Verstimmung auch auf andere Probleme übergreifen sollte. Dann würde nicht nur in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhören. Interview mit Graf Lambsdorff: Seite 3

Langsameres Siechtum

Die Koalition nach der Zerreißprobe

Von Rolf Zundel

Die Angst der Bonner Koalition um ihre Mehrheit gibt einigen Randfiguren der SPD eine ungewöhnliche Machtfülle. Ein halbes Dutzend Abgeordnete können die Regierung lahmlegen. Runzeln sie die Stirn, kränkt die Regierung; zögern sie mit ihrem Ja zu Gesetzesvorlagen, ändern Minister die Texte; drohen sie mit ihrem Nein, wankt die Koalition.

Die Anlässe sind verschieden. Diese Woche waren es die Anti-Terrorgesetze und — mehr am Rande — die Pläne zur Rentensanierung. Im Sommer letzten Jahres war es die Umsatzsteuer, im Herbst das sogenannte Kontaktperr-Gesetz (damals brachten auch einige Freie Demokraten die Zustimmung nicht übers Herz). Die Gründe sind relativ simpel: Die Abgeordneten glauben, Einschränkungen des Sozial- oder Rechtsstaats verhindern zu müssen, die sie mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können.

Wenn viele Abgeordnete Bedenken gegen die Anti-Terrorgesetze haben, so wird sie deshalb niemand tadeln können. Die Bundesregierung wird zwar auch nach den Gesetzesänderungen im internationalen Vergleich gut abschneiden, aber jede Einschränkung rechtsstaatlicher Freiheiten ist schmerzhaft und gibt Anlaß zu Sorge, vor allem, weil sie in einem Land obrigkeitstaatlicher Tradition geschieht, wo das Bewußtsein die Gesetze noch überflügelt und aus Ermächtigungen zu schärferer Gangart in Einzelfällen generelle Verpflichtungen dazu macht.

Selbst wenn man ganz dieser Argumentation folgt (also außer acht läßt, daß diese Gesetze ja auch noch dem Zweck dienen, die Terroristenbekämpfung zu erleichtern), bleibt ein Nein schwer verständlich. Es öffnet ja den Weg zu einer neuen Gesetzgebungsmehrheit, zu einer anderen Regierung, die weit weniger Rücksichten nehmen wird. Die Nein-Sager von heute aber könnten dann in der Opposition rein, klar und einflußlos ihren Prinzipien leben. Wollen sie das? Gerade von gelehrten Linken müßte man erwarten können, daß ihnen die Folgen ihres Handelns wichtiger sind als ihre von keiner Realität behinderte moralische Selbstentfaltung.

Sollten die Genossen, die jetzt auf ihrem Nein beharren, wirklich nicht erkennen, was sie ihrer Partei antun? Der Koalitionspartner präsentierte sich in eiserner Geschlossenheit, regierungsfähig; die SPD aber kommt mit Fußkranken zur politischen Demonstration, regierungsmüde, und sie erweckt den Eindruck, als ob dies bei anderen Gelegenheiten wieder passieren könnte. Frißt sich diese Vorstellung ins politische Bewußtsein ein, dann wird das die Zukunftschancen der SPD mehr belasten als jede Wahlniederlage. Herbert Wehner muß in diesen Wochen bittere Qualen ausstehen: Was er als sein Lebenswerk betrachtet, die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokraten, scheint in Trümmer zu fallen.

Der große Eklat ist noch einmal vermieden worden. Die Koalition kommt, so stand nach vielerlei Debatten zu erwarten, mit Hängen und Würgen durch. Was hat sie damit erreicht? Vielleicht die Chance zur Stabilisierung — eher aber wohl die Hoffnung auf verlangsamtetes Siechtum.

Roter Koch

Die Bundeswehr hat einen Koch entlassen. Nicht das Essen, sondern die Weltanschauung des jungen Mannes war seinen Oberen aufgestoßen. Norbert Spröer ist nämlich Marxist. Und in der Bundeswehr ist kein Platz „für Personen, deren Gesinnung und ideologisches Bewußtsein erwiesenermaßen anders geartet ist“ — so die Stellungnahme der Wehrbereichsverwaltung II in Hannover zur Klage des geschäftigen Küchenmeisters.

„Anders geartet“ — dieser Ausdruck erinnert an die Sprache des Unmenschen. Doch die weitere Begründung der Wehrbereichsverwaltung reizt eher zum gequälten Lachen: Der Jungkoch habe seine Kollegen wissen lassen, daß die Olympiaderfolge der DDR-Sportler im Jahre 1976 auf die im Vergleich zur Bundesrepublik wirksamere Sport- und Jugendförderung im Nachbarstaat zurückzuführen sei. Die gleiche Feststellung aus dem Munde unseres NOK-Chefs Willi Daume, und die halbe Sportnation hätte beifällig „Amen“ gemurmelt.

Solange Spröer nur als Wehrpflichtiger und Zeitsoldat diente, nahm die Bundeswehr keinen Anstoß an seiner „anders gearteten“ Gesinnung. Doch am Kochtopf hört die Toleranz auf; die Suppe geriet zum Mittel der Subversion. Oder hat der meinungsfreudige Koch etwa auch noch auffällig oft Rote Grütze und Russische Eier serviert?

Radikalerlaß in der Kantinenküche: Gehn nun auch die wahre Gesinnung durch den Magen? jf

DIESE WOCHE

Politik	1-11
Politische Woche	8
Länderspiegel	12-13
Politisches Buch	14-15
Impressum	14, 16
Leserbriefe	16
Wirtschaft	17-31
Themen der Zeit	32
Berufe	33-37
Feuilleton	39-45
Literatur	44
Kritik und Information	46
Reise	47-60
Modernes Leben	61-68

10/11. Noch brennen in der Türkei die Lichter

Andreas Kohlschütter gibt einen Befund vom „kranken Mann am Bosphorus“

18. Prügelknaben der Nation

Heinz Michaels: Sind die Gewerkschaften an allem schuld?

39. Schwarze Romantik und Surrealismus im Nachkriegs-Wien

Oswald Wiener porträtiert Konrad Bayer

61. Umsteigen zum eigenen Ich

Aloys Behler zeigt, wie ein neues Gesetz den Transsexuellen zu ihrem Recht verhelfen soll



Heim nach Deutschland oder durchhalten?

Almut Hielscher bei den Deutschen in Namibia. 36 000 Menschen im einstigen Deutsch-Südwest rechnen mit der Machtübernahme der schwarzen Unabhängigkeitsbewegung „Swapo“.